



## Migrationskrise endlich angehen

In der Migrationskrise hat die CDU/CSU-Fraktion der Ampel-Koalition eine Täuschung von Parlament und Öffentlichkeit vorgeworfen. So habe der Kanzler seinen Deutschland-Pakt nicht mit konkreten Angeboten an die Opposition unterfüttert. Und es scheint so, als wollten die Ministerinnen Nancy Faeser und Annalena Baerbock in Wirklichkeit gar keine Zurückweisungen von Migranten.

Seit dem Angebot von Kanzler Olaf Scholz für einen Deutschland-Pakt zur Bewältigung der großen Krisen sind drei Wochen vergangen. Während die CDU/CSU-Fraktion als ersten Schritt einen Pakt zum Stopp der illegalen Migration vorgeschlagen hatte, blieben Initiativen der Regierung zur Zusammenarbeit aus.

Die Ampel hat bis dato sowohl die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems blockiert als auch Kontrollen an den Grenzen Deutschlands zu Polen und Tschechien abgelehnt. In Sachen Europa sprach Kanzler Scholz immerhin ein Machtwort, um die Blockade der Verhandlungen aufzuheben. Dieses Machtwort kann als Ausdruck des Misstrauens von Scholz gegenüber Innenministerin Faeser und Außenministerin Baerbock gedeutet werden. Beide hatten nämlich, wie inzwischen bekannt wurde, den ständigen Vertreter Deutschlands in Brüssel angewiesen, gegen die Reform des Europäischen Asylsystems zu stimmen.

Nun stimmt die Ampel nach viel zu langer Ablehnung stationären Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien – ähnlich denen zu Österreich – zu. Was aber fehlt, ist die rechtlich notwendige Anmeldung in Brüssel, die sogenannte Notifizierung. Nur mit der Erlaubnis aus Brüssel darf die Bundespolizei tatsächlich die Grenzen kontrollieren und Migranten zurückweisen.

Auch der CDU-Innenpolitiker Detlef Seif wies darauf hin, dass keine Ressourcen für die Aufnahme neuer Flüchtlinge mehr vorhanden seien. „Die Integrationsfähigkeit unseres Landes ist längst überschritten“, betonte er. Es fehle nicht nur an Wohnraum, sondern auch an Kinderbetreuung und Lehrkräften, an medizinischem und behördlichem Personal. Dass die Ampel den Kommunen in dieser Situation auch noch die Mittel kürzen wolle, sei ein „fatales Signal“, sagte Seif.

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann teilt diese Erkenntnis. Woher auch immer die illegale Migration rühren mag – das Erkennen allein reicht nicht.

„Wenn wir dieser Herausforderung Herr werden wollen, dann müssen die Parteien bereit sein, parteiübergreifend den Schulterschluss zu suchen.“ Carsten Linnemann. Genauso wie der Partei- und Fraktionschef Friedrich Merz möchte auch Carsten Linnemann, dass nicht nur die CDU, sondern auch die anderen Parteien der demokratischen Mitte wieder stärker werden und das Thema Migration gemeinsam angehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



meine Unionsfraktion legte in dieser Sitzungswoche dem Bundestag den Antrag „Null Toleranz bei Clankriminalität“ zur Abstimmung vor. Denn unser Rechtsstaat ist durch Clankriminalität in besonderem Maße herausgefordert. Vor allem in Großstädten, haben sich die Aktivitäten krimineller Clans in den letzten Jahren auch zu einem sichtbaren Phänomen Allgemeiner

und Organisierter Kriminalität entwickelt. Die Spannweite der großfamiliären Strukturen reicht dabei von Bagatelldelikten bis hin zu schweren Verbrechen wie Tötungsdelikten und gewaltsam ausgetragenen Konflikten verfeindeter Clanfamilien auf offener Straße. Hinzu kommt die generelle Missachtung vieler Prinzipien unseres Rechtsstaats und eine grundsätzliche Ablehnung unserer Rechts- und Werteordnung.

Der Ausbreitung der Organisierten Kriminalität und insbesondere der Clankriminalität ist nur durch maximalen Kontroll- und Verfolgungsdruck mit einer Null-Toleranz-Strategie zu begegnen. Dies erfordert auf allen Ebenen konsequente Reaktionen und Maßnahmen des Rechtsstaats.

Nordrhein-Westfalen ist, dank der CDU-Landesregierung und unserem Innenminister Herbert Reul, seit Jahren im Bereich der Bekämpfung der Clankriminalität sehr aktiv und erfolgreich. Durch eine „Politik der tausend Nadelstiche“ treten Polizei, Sicherheits- und Ordnungsbehörden der Clankriminalität konsequent entgegen und erhöhen damit stetig den Druck. Den Erfolg kann man konkret an den Zahlen und Daten des jährlichen „Lagebild Clankriminalität“ entnehmen.

Aber auch der Bund muss mehr liefern. Dazu gehört zum Beispiel die Einführung einer verfassungskonformen Beweislastumkehr bei Vermögen unklarer Herkunft, womit der Betroffene nachweisen müsste, dass er das Vermögen rechtmäßig erworben hat. Nicht zuletzt ist das Ausmaß der heutigen Clankriminalität auch eine Folge misslungener Integration. Daher muss in diesem Bereich mit geeigneten Kursen und Programmen dafür gesorgt werden, dass die Integrationsdefizite abgebaut werden bzw. im Idealfall gar nicht mehr erst entstehen. Bei Personen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und nachweisbar an Clankriminalität mitwirken, sind sämtliche möglichen aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen mit dem Ziel der Ausweisung und Abschiebung anzuwenden; bei Doppelstaatlern stellt sich für mich ganz klar die Frage nach der Schaffung der Möglichkeit zum Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit.

Herzliche Grüße aus Berlin!  
Ihr

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch



## Heils Trickserei bei den Arbeitslosen geht weiter

Laut Medienberichten nimmt Bundesarbeitsminister Heil von seinen Sparplänen bei der Betreuung junger Arbeitsloser Abstand. Sie sollen ab 2025 nun doch weiter von Jobcentern und nicht von den Agenturen für Arbeit betreut werden. Dazu sagt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Gröhe:

„Die massive Kritik der Union, der Kommunen, der Länder und aller Experten wirkt. Doch die neuen Pläne von Heil überzeugen nicht. Heils ursprünglichen Pläne hätten die Chancen jüngerer Arbeitsloser auf Vermittlung in Arbeit durch Zerschlagung bewährter Strukturen von Ort dramatisch verschlechtert.

Doch auch die nun vorgesehene Verlagerung der Zuständigkeit für die Weiterbildung und für die berufliche Rehabilitation von den Jobcentern zu den Arbeitsagenturen ist ein Taschenspielertrick, mit dem Einsparungen vorgegaukelt werden sollen, die Rechnung aber an die Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung weitergereicht wird.

Jobcenter und Arbeitsagenturen werden sich dann künftig mit Fragen der Arbeitsorganisation neu beschäftigen müssen, anstatt ihren eigentlichen Aufgaben nachgehen zu können.

Gespaltene Zuständigkeiten bei der Betreuung von Arbeitslosen bedeuten immer Mehraufwand und Unsicherheit bei den Beteiligten. Zudem will Minister Heil bereits in diesem Haushalt die Verwaltungsmittel der Jobcenter um 200 Millionen Euro kürzen, obwohl allein der letzte Tarifabschluss Mehrkosten von 300 Millionen Euro auslöst. Dies geht zu Lasten der eigentlichen Eingliederungsmaßnahmen der Jobcenter, bei denen obendrein ebenfalls 200 Millionen Euro gestrichen werden sollen.

Die Jobcenter bekommen mehr Aufgaben, aber weniger Geld! Heil tritt als Sozialreformer auf, spart bei den Arbeitslosen und setzt deren Chancen auf Vermittlung in Arbeit aufs Spiel.“

*Foto: Tobias Koch*

## Bund lässt Kommunen im Regen stehen

Die Bundesregierung lässt die Kommunen weiterhin bei der Finanzierung flüchtlingsbedingter Mehrausgaben im Regen stehen. Gegebene Zusagen werden nicht eingehalten und stattdessen die Bund-Länder-Beratungen über ein langfristig tragfähiges System der Flüchtlingskostenfinanzierung zum Scheitern gebracht.

Ankündigungen, jetzt doch gegen irreguläre Migration vorgehen zu wollen, erscheinen vor diesem Hintergrund nicht glaubhaft – zumal, wenn Teile der Bundesregierung versuchen, die auf EU-Ebene wichtige Vereinbarung zur gemeinsamen Asylpolitik zu hintertreiben.

Schon der Kommunalgipfel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Asyl- und Flüchtlingspolitik hat die teilweise dramatische Lage überdeutlich gezeigt. Vor Ort fehlt es an Wohnraum, an Kapazitäten für die Integration, an Kita- und Schulplätzen. Engagierte Ehrenamtler wenden sich immer häufiger frustriert ab. Unser Land befindet sich in einer schweren Migrationskrise, die ein entschlossenes Handeln der Bundesregierung erfordert.

Statt aber für das eigene Handeln Verantwortung zu übernehmen, drückt der Bund sich vor einer dauerhaft tragfähigen Finanzierungslösung, wie sie seitens der unionsgeführten Bundesregierung nach 2015 bereits etabliert worden war. Das „4-Säulen-Modell“ hatte sich bewährt. Danach wurde ein bestimmter Unterbringungs- und Betreuungsbetrag pro Kopf und Monat im Aufnahmeverfahren vom Bund getragen. Genauso wie die vollständigen Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge. Der Bund hatte weiterhin eine Integrationspauschale und eine Pauschale für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge getragen.

Das 4-Säulen-Modell wäre ein wichtiges Signal gewesen. Die Belastungen können damit zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden und die Kommunen erhalten endlich zumindest in finanzieller Hinsicht Planungssicherheit.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 16/2023,  
29. September 2023

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck